Frieden, das heißt unsere Welt menschlich machen

Rede des Bundesaußenministers vor der 42.UN-Generalversammlung (24.September 1987)

HANS-DIETRICH GENSCHER

Herr Präsident, zur Übernahme Ihres hohen Amtes möchte ich Ihnen aufrichtig gratulieren, ich wünsche Ihnen für Ihre verantwortungsvolle Aufgabe Glück und Erfolg. Ich danke Außenminister Choudhury für die erfolgreiche und umsichtige Führung der Geschäfte der 41. Generalversammlung, die vor wenigen Tagen zu Ende gegangen ist. Zugleich benutze ich diese Gelegenheit, um dem Generalsekretär für seine unermüdliche Tätigkeit im Interesse unserer Organisation herzlich zu danken. Sein jüngster Tätigkeitsbericht gibt uns Zuversicht und Perspektive. Herr Generalsekretär, Sie können wie bisher unserer vorbehaltlosen Unterstützung sicher sein.

Herr Präsident, die Hauptaufgabe der Vereinten Nationen ist es, den Frieden zu wahren und zu schützen. Wir beginnen diese Generalversammlung mit hoffnungsvollen Zeichen für ein neues Denken im West-Ost-Verhältnis und bei der Abrüstung. Und doch ist die Welt noch immer voller Krieg. Krieg zwischen Staaten, in dem Menschen leiden und sterben, Krieg des Menschen gegen den Menschen, denn wo Menschenrechte verletzt werden, wird Krieg geführt gegen den Menschen. Der weltweite Terrorismus führt Krieg gegen jegliche menschliche Ordnung. Tödliche Krankheiten führen Krieg gegen das Leben. Die Menschheit führt Krieg gegen die Natur.

Und was ist das Leiden vieler Völker unter Hunger und Armut anderes als das Ergebnis eines Krieges gegen die Menschenwürde durch menschliches Versagen in Nord und Süd? Letztlich ist es immer der Mensch, der den Menschen bedroht. Unsere Kinder sind unschuldig an dem Zustand unserer Welt. Aber sie leiden am meisten. Sie erwarten von uns eine Welt ohne Krieg, ohne Vertreibung, ohne Furcht, ohne Hunger und ohne Krankheit.

Die Eltern überall auf der Welt lieben ihre Kinder. Aber schützen wir hier in den Vereinten Nationen wirklich schon ausreichend Rechte und Zukunft unserer Kinder? Wir wollen unseren Kindern eine bessere Welt überlassen, eine Welt, in der Menschenwürde und soziale Gerechtigkeit gewährleistet sind, in der Frieden herrscht, und in der die natürlichen Lebensgrundlagen geschont und gepflegt werden.

Doch vor allem müssen wir gegen den Krieg in uns und außer uns ankämpfen. Der Frieden beginnt in uns selbst, er beginnt mit unserer Friedensgesinnung, mit der Achtung vor dem Nächsten, mit dem Bewußtsein unserer Verantwortung für ihn und für alle, die nach uns kommen. An die Stelle von Strategien des Krieges müssen Strategien des Friedens treten. Wir wollen Frieden in einem umfassenden Sinn. Wenn wir versagen, so wird keiner von uns überleben.

Darum geht es heute: um das Überleben der Menschheit. Die Menschheit ist zur Überlebensgemeinschaft geworden. Niemand kann sich aus dem gemeinsamen Schicksal davonstehlen. Ein Atomkrieg würde uns alle vernichten. Verseuchte Flüsse, Meere und Böden, die Ausbreitung der Wüsten, das Sterben der Wälder, der tropischen Regenwälder zumal, die Vergrößerung des Ozonlochs, das trifft und betrifft uns alle.

Vor wenigen Wochen hat die Menschheit die Fünf-Milliarden-Grenze überschritten. Wenn die derzeitige demographische Entwicklung sich fortsetzt, dann werden um die Jahrhundertwende über sechs Milliarden, um 2050 schon mehr als zehn Milliarden Menschen die Erde bevölkern. Diesen Zeitpunkt werden unsere Kinder noch erleben. Wenn wir nicht handeln, werden die Probleme mit der Zahl der Menschen ins nicht mehr Kontrollierbare wachsen. Jetzt müssen wir die Weichen in die richtige Richtung stellen. Hier ist die Verantwortung jeder Kultur, jeder Religion, jeder Ideologie, jedes politischen und gesellschaftlichen Systems gefordert. Die Aufgabe heißt: Kampf den Kriegen, die die Menschheit von vielen Seiten bedrohen. Der Frieden, den wir brauchen, ist mehr als die Ausschaltung von militärischen Konflikten, er bedeutet gemeinsame Verantwortung, Solidarität und Achtung vor dem Nächsten. Frieden, das heißt unsere Welt menschlich machen, das heißt die Natur achten, das heißt Freiheit, Leben und Überleben zu sichern.

Viele Menschen leben in Armut, dem Hunger ebenso ausgeliefert wie der Unwissenheit und der Krankheit. Die Zukunftsaussichten der Dritten Welt bedrücken uns alle. Die Rohstoffpreise sinken. Deshalb müssen die Entwicklungsländer immer mehr produzieren, was zu einem weiteren Absinken der Preise führt. In den Industrieländern aber schrumpft die Nachfrage, weil der Bedarf an bestimmten Rohstoffen gesättigt ist, und weil Rohstoffe durch neue Materialien zunehmend ersetzt werden. Der Verfall der Rohstoffpreise ist keine temporäre Konjunkturschwankung. Er ist eine langfristige Entwicklung. Noch sind für die meisten Entwicklungsländer ihre Rohstoffe die bedeutendste, häufig sogar die einzige Einnahmequelle. Deshalb muß die einseitige Abhängigkeit der Entwicklungsländer von ihren Rohstoffexporten vermindert werden. Wir müssen helfen, ihre Rohstoffe zu Fertig- oder Halbfertigprodukten zu verarbeiten. Aber die Diversifizierung der Wirtschaft der Entwicklungsländer dauert ihre Zeit. Bis es soweit ist, muß nach Wegen gesucht werden, wie die bestehenden Maßnahmen zum Ausgleich von Exporterlösausfällen verbessert werden können, wie zum Beispiel nach dem STABEX-Modell der Europäischen Gemeinschaft.

Die Verschuldung der Dritten Welt ist im letzten Jahr um 9 Prozent gestiegen und auf 1,1 Billion Dollar angewachsen. Die Schuldendienstquote von 22 Sub-Sahara-Staaten betrug 1986 über 30 Prozent, in einzelnen Fällen näherte sie sich der 50-Prozent-Marke. Das Schuldenproblem droht zu explodieren. Es bedroht die wirtschaftliche, soziale und politische Zukunft vieler hochverschuldeter Länder, es bedroht aber auch die Gläubigerländer, es bedroht den gemeinsamen guten Willen von Nord und Süd zur Zusammenarbeit. Zusätzliche Anstrengungen aller Beteiligten auf staatlicher wie auf privater Seite sind erforderlich. Jedes Land ist dabei nach seinen besonderen Bedingungen zu behandeln.

Aber der allgemeine Grundgedanke muß gelten, daß der Schuldendienst in ein vernünftiges Verhältnis zur Leistungsfähigkeit gebracht werden muß. Es liegt im ureigenen Interesse der Gläubigerländer, in ihren Verhandlungen mit den Schuldnerländern Lösungen anzustreben, die diesen eine Zukunftsperspektive eröffnen. Hoffnungslosigkeit erstickt auch den besten Willen. Die Bundesrepublik Deutschland hat seit 1978 den ärmsten Entwicklungsländern 4,2 Mrd DM erlassen. Ich appelliere an alle Gläubigerstaaten, sich diesem Schritt anzuschließen, und ich appelliere an die sozialistischen Staaten, daß auch sie endlich angemessene Entwicklungshilfe leisten.

Die Wirtschaften der Schuldnerländer müssen auf der Grundlage zukunftsorientierter Reformprogramme durch neue Kredite zu günstigen Bedingungen wieder auf Wachstumskurs gebracht werden. Die Diversifizierung der Volkswirtschaften, die Investitionen in Wachstumsbranchen werden den Entwicklungsländern aber nur helfen, wenn die Industrieländer ihre Märkte für die Halbfertig- und Fertigprodukte der Entwicklungsländer weit öffnen und ihre eigene Wirtschaftsstruktur diesen neuen Bedingungen anpassen. Wir sind dazu bereit.

Wer die Entwicklungsländer nur als Lieferanten von Rohstoffen und Energie an der Weltwirtschaft beteiligen will, nimmt ihnen jede Zukunftsperspektive. Das verlangt in den Industrieländern den Abbau von Importrestriktionen und sonstigen Handelshemmnissen, das verlangt den Abbau der Subventionierung für nicht mehr rentable Produktionsbereiche. Das verlangt auch Abbau der landwirtschaftlichen Überschußproduktion. Die notwendigen Umstellungen in den Industrieländern sind schwierig und schmerzlich. Aber das darf kein Grund sein, sie immer wieder aufzuschieben.

Waffenexport jedenfalls löst diese Probleme nicht, im Gegenteil, er verschärft Spannungen und Kriegsgefahr, und er verschwendet Ressourcen, die für Werke des Friedens gebraucht werden. Waffenexport ist weder ein Beitrag zum notwendigen Strukturwandel in den Industrieländern noch zur wirtschaftlichen Gesundung der Entwicklungsländer.

UNCTAD VII hat die besondere Bedeutung des friedlichen internationalen Handels im Entwicklungskontext unterstrichen. In ihrer Schlußakte sind wichtige Leitlinien dafür enthalten, welche Strategien in den Bereichen Finanzen und Verschuldung, Handel und Rohstoffe sowie gegenüber den Problemen der am wenigsten entwickelten Länder (LLDC) einzuschlagen sind. Nun muß gehandelt werden. In den Industrieländern findet eine technologische Revolution statt. Sie wird die Gesellschaften grundlegend verändern. Welche Auswirkungen diese technologische Revolution auf die Entwicklungsländer haben wird, läßt sich heute auch nicht annähernd überblicken. Auf keinen Fall darf sie dazu führen, daß die Welt endgültig und für alle Zeit in Arm und Reich gespalten bleibt.

Wir dürfen nicht zulassen, daß der große humane Traum, der alle Völker beflügelt, der Traum von der einen, gerechten, friedlichen und freien Welt durch die technologische Entwicklung überholt wird. Im Gegenteil, die wissenschaftlich-technologische Entwicklung muß zum Motor der Entwicklung der Welt gemacht werden. Nur die modernen Wissenschaften und Technologien sind in der Lage, die Probleme der Ernährung, der Gesundheitsfürsorge, der Ausbildung, der Energieversorgung zu lösen.

Gen-Technologie, moderne Medizin, moderne Informationstechnologien, moderne Energieformen müssen hier Hand in Hand zusammenwirken. Die Immunschwäche AIDS ist eine Herausforderung an die gesamte Menschheit. Sie bedroht alle Völker. Die Bundesregierung begrüßt es, daß der Ernst dieses Problems von den nationalen Regierungen und den internationalen Gremien zunehmend erkannt wird.

Die Hochtechnologie bietet nicht nur Chancen, sie birgt auch Gefahren. Das Unglück von Tschernobyl hat der Welt vor Augen geführt, daß die Sicherheit von Kernkraftwerken eine Gemeinschaftsaufgabe aller kernenergieerzeugenden Länder ist. Eine fortschrittliche Menschheit darf die Kernenergie nicht als die letzte Antwort auf die Energieprobleme der Welt hinnehmen. Die politische, soziale und moralisch-ethische Bewältigung der Risiken der Hochtechnologie und der Wissen-

schaft ist eine Menschheitsaufgabe. Die Gen-Technologie kann die Ernährung von vielen Milliarden Menschen sicherstellen. Sie kann aber auch mißbraucht werden, um die Würde des Menschen zu schänden, wenn sie ihn zum Objekt ihrer Manipulation degradiert, wenn sie die Einzigartigkeit jedes einzelnen Menschen antastet. Die Vereinten Nationen sind *das* Gremium, in dem die Besten unserer Völker sich auf gemeinsame ethische Normen einigen können, an denen die Technologiefolgen zu messen sind.

Die Luft- und Wassermeere unseres Planeten sind gemeinsamer Besitz der Menschheit. Ihr Erhalt ist notwendig, damit der Mensch als Gattung überlebt. Aber sie sind, wie das Weltklima, auch bedroht. Der Brundtland-Bericht hat ein Konzept einer dauerhaften und zugleich umweltfreundlichen Entwicklung entworfen, das ernstgenommen werden muß. Es gilt, weltweit das Bewußtsein für diese Fragen und Zusammenhänge zu stärken. Dies ist ein Thema für die Vereinten Nationen. Wir sollten überlegen, ob es nicht bald ein Jahr des weltweiten Umweltschutzes geben sollte. Wir sollten auch gemeinsam überlegen, ob die Einrichtung einer Umwelt-Dekade für die neunziger Jahre weltweit notwendige Impulse geben kann. Überall stehen wir vor Aufgaben, die wir entweder nur gemeinsam oder gar nicht lösen können. Wir sind längst in das Zeitalter einer Weltinnenpolitik eingetreten, in der jeder von jedem abhängt.

Damit wächst die Bedeutung der Vereinten Nationen von Jahr zu Jahr. Wir alle sind aufgerufen, sie zu bewahren und zu stärken. Der Abstand zwischen der Konzeption der Vereinten Nationen und ihrer gegenwärtigen Realisierung in einer Welt der Nationalstaaten ist noch groß. Wir alle müssen lernen, die weltweiten Probleme weltweit zu lösen. Die Vereinten Nationen bieten dazu ein vielfältiges Instrumentarium. Wir können es um so besser und wirksamer nutzen, je entschlossener wir den Reformprozeß unserer Weltorganisation vorantreiben. Ich möchte dem Generalsekretär für seine Weitsicht in dieser Frage danken.

Viele Formen der Zusammenarbeit können sich auch in kleinerem Rahmen entfalten. Hier liegt die besondere Bedeutung regionaler Organisationen. Die Europäische Gemeinschaft hat der Welt bewiesen, welche friedensfördernde Kraft von dem Gedanken der regionalen Organisationen ausgehen kann. Jahrhundertelang haben die europäischen Nationalstaaten Kriege gegeneinander geführt, Kriege, die auch in andere Teile der Welt getragen wurden. Heute ist Krieg zwischen den zwölf Mitgliedstaaten der Gemeinschaft unmöglich und undenkbar geworden. Das aber ist die erste und wichtigste Aufgabe regionaler Zusammenschlüsse, dafür zu sorgen, daß der Krieg in ihrer Region unmöglich wird. Die Chancen dafür steigen in dem Maße, in dem sich die Nationalstaaten zusammenschließen.

Deshalb unterstützt die Bundesregierung in Krisengebieten tatkräftig alle Friedensinitiativen, die aus der Region selbst kommen. Sie begrüßt und ermutigt den mit der Unterzeichnung des Arias-Planes durch fünf zentralamerikanische Staaten beschrittenen Weg zur Befriedung und Stabilisierung der Region. Das Ergebnis der Konferenz in Guatemala ist ein Signal der Hoffnung. Wir unterstützen vorbehaltlos die Staaten Zentralamerikas bei ihrem Bemühen, soziale Gerechtigkeit zu schaffen, den Grundsätzen der Demokratie Geltung zu verleihen, Unabhängigkeit zu sichern und Frieden und Zusammenarbeit zu fördern.

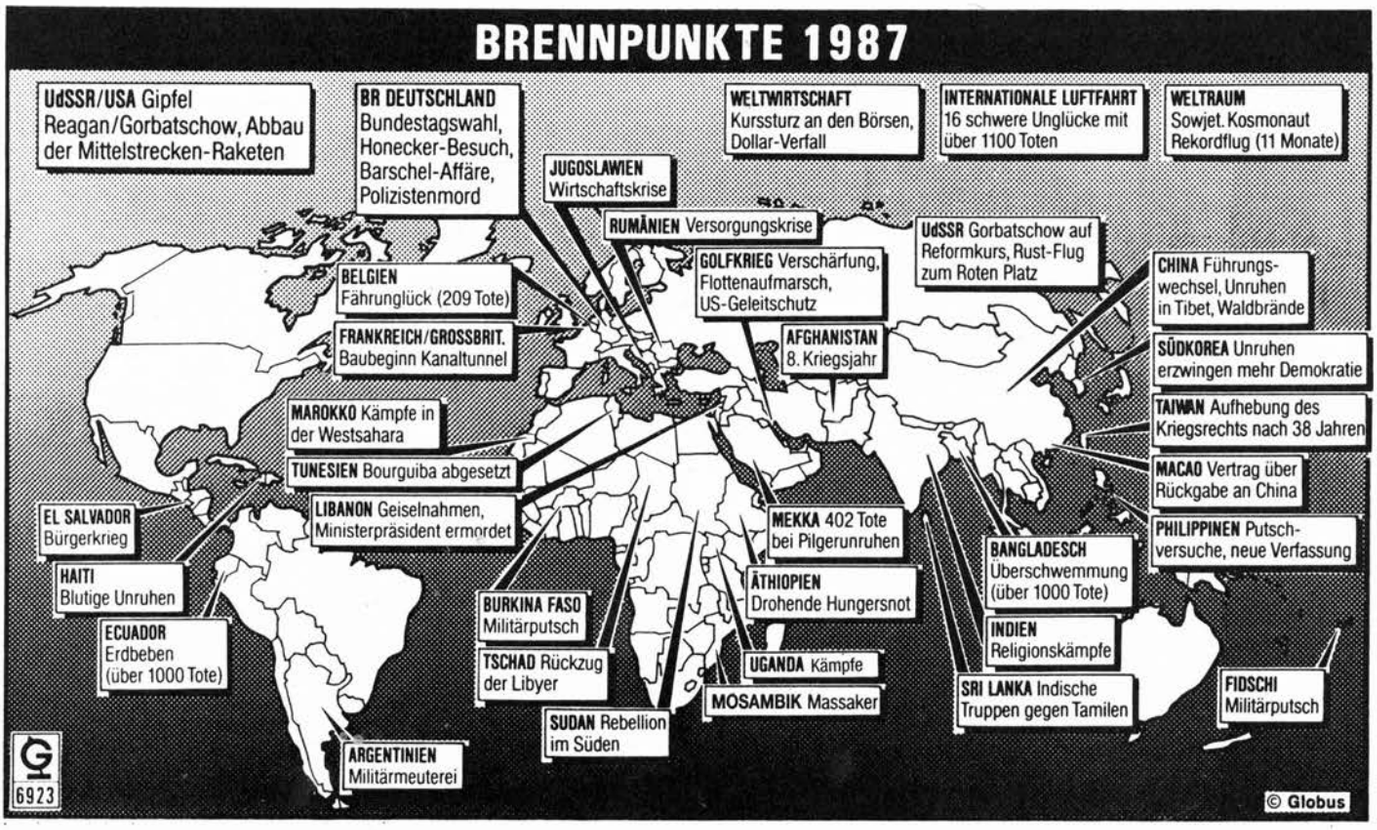
Die Bundesregierung dient dem Frieden in der Welt durch die Förderung der Zusammenarbeit der Europäischen Gemeinschaft mit den regionalen Organisationen in Mittel- und Südamerika, in Asien, im Mittleren Osten und in Afrika. Gemeinsam können die Länder einer Region am besten ihre kulturelle Identität bewahren und entwickeln. Der Reichtum der unterschiedlichen Kulturen ist der klarste Quell, aus dem die Menschheit Kraft für ihre Friedensaufgabe schöpfen kann. Alle Völker dieser Welt, ohne Unterschied, sind Kulturvölker, ihr geistiger Beitrag für die eine, gerechte, friedliche und freie Welt ist unverzichtbar. Wir dienen dem Frieden, wenn wir diese Kulturen in ihrer unverwechselbaren Eigenart bewahren und schützen. Völker, die die kulturellen Leistungen der anderen Völker achten, können nicht gegeneinander aufgehetzt werden. Kultureller Hochmut war immer wieder die Quelle gefährlicher Katastrophen. Deshalb braucht auch der Nord-Süd-Dialog die kulturelle Dimension. Nur auf der Grundlage der eigenen Kultur und des partnerschaftlichen kulturellen Austauschs kann sich in den Völkern das Selbstbewußtsein entwickeln, das sie zur Mitarbeit an den gemeinsamen Aufgaben befähigt. Regionale Organisationen in der Dritten Welt schützen ihre Mitglieder am sichersten davor, in den West-Ost-Gegensatz hineingezogen zu werden. Hier liegt auch die große Aufgabe der Blockfreienbewegung, die immer mehr zu einem Faktor der Stabilität in der Welt wird. Wirkliche Blockfreiheit ist die große Chance für die Länder vor allem der Dritten Welt, ihre Identität zu bewahren und ihre Unabhängigkeit zu festigen.

Herr Präsident, wir alle wissen, wie groß die Probleme der Welt sind. Es kann deshalb auch nicht darum gehen, die politischen, gesellschaftlichen, religiösen, ideologischen Gegensätze mit einem Salto mortale zu überspringen. Diese Gegensätze sind da, und wir müssen mit ihnen leben. Aber das sollte uns doch nicht hindern, über alle prinzipiellen und weltanschaulichen Gegensätze hinweg das zu tun, was wir jetzt für den Frieden in der Welt tun können. Die Einsicht dafür wächst.

UNCTAD VII hat — ebenso wie im vergangenen Jahr die Sondergeneralversammlung zu Afrika — ein ermutigendes Zeichen dafür gesetzt, daß Nord und Süd in der Lage sind, Prinzipienpositionen zurückzustellen und sich auf das gegenwärtig Notwendige und Machbare zu konzentrieren. Diese Chance müssen wir jetzt nutzen, um voranzukommen.

Die Sicherheitsratsresolution 598 ist ein ermutigendes Zeichen gemeinsamer Verantwortung für den Frieden in der Welt. Die Einstimmigkeit bei ihrer Verabschiedung gibt dieser Resolution ihre besondere Bedeutung. Sie kann ein Beispiel sein für die Lösung auch anderer regionaler Konflikte. Wir unterstützen nachdrücklich die Resolution 598 und die darauf beruhenden Friedensbemühungen des Generalsekretärs. Diese Resolution gibt Irak und Iran die Chance, den Weg des Friedens zu betreten. Nachdem der Irak seine Zustimmung erklärt hat, appelliere ich mit großer Dringlichkeit an Iran, die Resolution in vollem Umfang zu implementieren.

Krieg herrscht seit fast acht Jahren auch in Afghanistan. Wir erwar-



ten, daß die Sowjetunion ihre Truppen aus dem Lande zurückzieht und dem Leiden des afghanischen Volkes ein Ende bereitet. Niemand sonst als das leidgeprüfte Volk von Afghanistan soll und darf Vorteil aus dem sowjetischen Rückzug ziehen. Deshalb müssen die Voraussetzungen für wirkliche Unabhängigkeit und Blockfreiheit des neuen Afghanistan jetzt geschaffen werden. Auch in Kamputschea treten wir für den Abzug der fremden Truppen und für das Selbstbestimmungsrecht ein.

Herr Präsident, die neuen grundlegenden Entwicklungen zwischen West und Ost mit ihren weitreichenden Folgen für den Weltfrieden sind nur möglich geworden durch die Hinwendung zur Kooperation. Deutlicher als durch alles andere wird das durch die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die weltweite Abschaffung ihrer nuklearen Mittelstreckenraketen. Zum ersten Mal werden Vereinbarungen zwischen West und Ost getroffen, die Rüstungen nicht nur begrenzen, sondern tatsächlich beseitigen. Das ist ein historischer Schritt.

Wir Deutschen haben diese Entwicklung nachhaltig unterstützt, wir haben die erreichten Fortschritte mit großer Zustimmung und Erleichterung aufgenommen. Sicherheit und Stabilität in Europa werden erhöht. Die Bundesregierung hat ihre Rolle dabei nicht nur als die eines interessierten Zuschauers gesehen. Wir haben zu dem Erfolg beigetragen als aktiv handelndes und aktiv gestaltendes Land, das seine Verantwortung für den Frieden kennt. Mit unserem Eintreten für die doppelte Null-Lösung haben wir den Weg zur weltweiten Beseitigung der Mittelstreckenraketen geebnet.

Ich bekräftige die Erklärung des Bundeskanzlers vom 26. August 1987. Entsprechend dieser Erklärung werden zu dem Zeitpunkt, in dem die amerikanischen und sowjetischen INF-Flugkörper vertragsgemäß beseitigt sind, auch die deutschen Pershing-I-a-Systeme abgebaut sein. Mit diesem Abkommen ist das Problem der nuklearen Abrüstung noch lange nicht gelöst. Aber es ist der erste und damit der entscheidende Schritt zu dem großen Ziel getan, zu dem sich die Nuklear-Mächte im Atomsperrvertrag vor der Welt verpflichtet haben. Ein Prozeß ist in Gang gesetzt worden, der unumkehrbar gemacht werden muß. Weitere Schritte müssen und werden folgen: Wir halten es für notwendig, daß sich die USA und die Sowjetunion jetzt auf Verhandlungen über tiefgreifende Reduzierungen der strategischen Offensiv-Waffen konzentrieren, und daß sie dabei auch die weitere Erhaltung des ABM-Vertrages in Betracht ziehen.

Wir werden im westlichen Bündnis die Vorbereitungen für die Verhandlungen über die atomaren Raketen mit einer Reichweite von weniger als 500 km voranbringen. Wir werden mit großem Nachdruck die Verhandlungen über die konventionelle Stabilität in Europa führen. Die Erklärungen der NATO und des Warschauer Pakts bieten gute Ansatzpunkte für diese Verhandlungen.

Die Zeit ist überreif für eine Einigung über das weltweite Verbot der chemischen Waffen, sie muß jetzt zustande kommen. Wir dürfen nicht zulassen, daß immer mehr Länder diese schrecklichen Vernichtungswaffen produzieren oder sich beschaffen. Der beste Schutz gegen die Ausbreitung ist die weltweite Beseitigung und das weltweite Verbot dieser Waffen.

Wir stehen bei unseren Bemühungen nicht vor einer unübersteigbaren Mauer. Neues Denken, beflügelt von der Erkenntnis, daß wir nur gemeinsam und nicht gegeneinander überleben können, bestimmt immer mehr das Handeln.

Kein anderes Volk kann ein größeres Interesse daran haben, daß alle diese Verhandlungen zu einem erfolgreichen Ergebnis führen, als das deutsche Volk. Denn hier sind die meisten Waffen konzentriert — auf beiden Seiten —, wir wären deshalb von diesen Waffen als erste mit dem Untergang bedroht.

Das INF-Abkommen wird eine Initialzündung auslösen, deren Wirkung weit über den engeren Rüstungskontrollbereich hinausreicht. Beide Seiten werden daraus die Kräfte und das Vertrauen beziehen, die Zusammenarbeit auf allen gegenwärtig möglichen Gebieten zu verbreitern. Damit aber kommen wir dem politischen Ziel der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft ein entscheidendes Stück näher: auf der Basis einer gesicherten Verteidigungsfähigkeit durch die Zusammenarbeit zwischen West und Ost auf allen Gebieten tragfähige europäische Friedensstrukturen zu schaffen.

Daß wir heute diese Hoffnung haben dürfen, danken wir der Einsicht und dem konstruktiven Verhalten auf beiden Seiten. Das wurde schon bei dem amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffen in Reykjavik deutlich. Beide Großmächte haben dort gezeigt, daß sie sich ihrer Verantwortung für das Überleben der Menschheit bewußt sind. Sie verdienen dabei die Unterstützung aller friedliebenden Menschen. Wir dürfen uns auf unserem Wege nicht beirren lassen.

Die Wegweiser in eine bessere Zukunft sind nicht die Vorurteile und die Feindbilder von gestern, es ist der Wille der Völker, der Wille jedes einzelnen Menschen, in Frieden und in Menschenwürde zu leben. Nur so werden wir unserer Verantwortung für die Zukunft der Menschheit gerecht werden. Die Zeit, die beherrscht war von Streben nach Überlegenheit, die Zeit, in der die Welt in den Strudel eines endlosen Rüstungswettlaufs zu geraten drohte, geht zu Ende. Die neue Entwicklung ist unaufhaltsam, sie ebnet den Weg für eine bessere Welt. In einer solchen Welt ist kein Platz mehr für die alten Feindbilder. Zur Abrüstung gehört auch die Abrüstung der Feindbilder. Wir müssen weltweit und in Europa verläßliche Strukturen kooperativer Sicherheit und Mechanismen für die Früherkennung von Krisen und für ihre Beherrschung schaffen.

Die Bundesrepublik Deutschland wird dazu in der Nordatlantischen Allianz und in der Europäischen Gemeinschaft ihren Beitrag leisten. Wir werden alle unsere Kräfte daran setzen, den europäischen Einigungsprozeß voranzutreiben und unser auf Kriegsverhinderung eingerichtetes Bündnis zu festigen. Unser Wille zur Europäischen Union der zwölf europäischen Demokratien, unser Wille zur Kooperation mit unseren östlichen Nachbarn sind Ausdruck der europäischen Friedenspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Wir kennen unsere Verantwortung, wir werden mit allen unseren Kräften und Möglichkeiten für ein besseres Europa des Friedens arbeiten.

Herr Präsident, die Haltung der zwölf Mitgliedstaaten zu den Weltproblemen und zu dem inneren Ausbau der Europäischen Gemeinschaft hat der dänische Außenminister vor zwei Tagen hier dargelegt. Die am 1. Juli dieses Jahres in Kraft getretene Einheitliche Europäische Akte ist bedeutsam für die internationale Staatengemeinschaft. Die Zwölf wollen — ich zitiere die Präambel, »gemäß der Verpflichtung, die sie im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen eingegangen sind, gemeinsam ihren eigenen Beitrag zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit leisten«. Dafür werden wir eine gemeinsame Außenpolitik der Europäischen Gemeinschaft schaffen. Die für 1992 vorgesehene Vollendung des Europäischen Binnenmarktes wird die Kraft der Gemeinschaft wesentlich stärken. Bedeutsame Schritte zur gemeinsamen Währungspolitik und die Konvergenz der Wirtschafts- und Finanzpolitik müssen ebenso folgen wie Schritte zur Technologiegemeinschaft. Das ist der Weg zur Europäischen Union.

Unseren Nachbarn im Osten bieten wir die Hand zu umfassender Kooperation, wie sie in der KSZE-Schlußakte von Helsinki als Kursbestimmung für eine europäische Friedensordnung vorgezeichnet ist. Bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien geht es uns nicht nur um Fortschritte im Sicherheitsbereich. Wir wollen Fortschritte bei der Verwirklichung der Menschenrechte, in humanitären Fragen, im Wirtschaftsaustausch, im Austausch von Wissenschaft und Technologie, im Austausch von Information und von Kultur. West und Ost können sich durch Zusammenarbeit viel geben, durch Konfrontation können sie sich selbst aller Fortschritte berauben. Wir wollen durch Zusammenarbeit Vertrauen bilden, gemeinsamen Interessen dienen und in einem guten Sinne Abhängigkeiten schaffen, die Frieden und Zusammenarbeit unumkehrbar machen.

Wir wollen uns nicht gegenseitig totrüsten, und wir wollen niemanden wirtschaftlich in die Knie zwingen. Die politische und militärische Spaltung Europas ist schlimm genug. Wir dürfen Europa nicht noch wirtschaftlich und technologisch spalten, wenn Gräben und Mauern überwunden werden sollen. Wir wollen überall zu wirklichem Fortschritt beitragen. Wenn sich die Sowjetunion gegenüber der Welt öffnet, so wird sie in der Bundesrepublik Deutschland einen verläßlichen und konstruktiven Partner finden. Der Moskauer Vertrag bietet dafür die Grundlage und die Perspektive. Wir werden sie nutzen im Bewußtsein der zentralen Bedeutung der deutsch-sowjetischen Beziehungen, die über das Verhältnis der beiden Staaten hinaus Bedeutung für die Lage in ganz Europa haben.

Wenn heute, nach Jahrzehnten der Konfrontation im West-Ost-Verhältnis, ein Wendepunkt erreicht werden könnte, dann wäre es ein Fehler von historischem Ausmaß, wenn wir diese Chance vorübergehen ließen. Zwölf Jahre nach Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte kann man feststellen: In Europa ist ein Prozeß zu einer europäischen Friedensordnung in Gang gesetzt worden. Mein Land hat dazu wesentliche Beiträge geleistet mit dem Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft und zum westlichen Verteidigungsbündnis und mit der einzigartigen deutsch-französischen Partnerschaft. Wir haben den Weg freigemacht für ein neues West-Ost-Verhältnis mit dem Vertrag von Moskau, mit dem Warschauer Vertrag, der, nach einer wechselvollen Geschichte, im Bewußtsein der besonderen Qualität des deutsch-polnischen Verhältnisses, einen neuen Anfang mit der Volksrepublik Polen ermöglichte und schließlich mit dem Vertrag mit der ČSSR und mit dem Grundlagenvertrag mit der DDR. Zu diesem Prozeß gibt es keine gangbare und erst recht keine verantwortbare Alternative. Wir sehen immer das ganze Europa, wir wollen die Verbesserung der Lage im ganzen Europa. Wir wissen, das Rad der Geschichte kann niemals zurück, es kann immer nur nach vorn bewegt werden.

In diese europäische Zukunftsperspektive ordnet sich auch das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zum anderen deutschen Staat, der Deutschen Demokratischen Republik, ein. Beide Staaten sind fest in ihre jeweiligen Bündnissysteme eingebunden. Gerade das aber gibt ihnen die Möglichkeit, in ihren jeweiligen Bündnissen für eine Kooperation in Gesamteuropa zu werben und zu wirken. Die Unterschiede in den Wertordnungen sind tiefgreifend, aber beide deutsche Staaten sind sich einig darüber, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf, sondern Frieden ausgehen muß. Unterschiedlicher Auffassung sind beide deutsche Staaten weiterhin über die Zukunft der deutschen Nation. Die Bundesrepublik Deutschland bleibt ihrem Ziel verpflichtet, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.

Der Besuch des Staatsratsvorsitzenden der DDR, Honecker, in der Bundesrepublik Deutschland hat die Absicht der beiden deutschen

Staaten bekundet, durch die Qualität ihrer Beziehungen und durch ihre Bemühungen um Abrüstung einen wichtigen Beitrag zur Stabilität in Europa zu leisten. Damit dienen wir auch dem Wohle und den Interessen der Menschen. Bei dem Besuch wurden auch unterschiedliche grundsätzliche Standpunkte, aber auch der Wille zur Zusammenarbeit deutlich. Auch wir Deutschen müssen mit den Gegensätzen leben, die diese Welt und die vor allem Europa prägen — auch wenn sie uns tiefer berühren als andere Völker. Aber diese Gegensätze dürfen uns alle, die wir Mitglieder dieser großen Weltorganisation sind, nicht hindern, unserer Verantwortung für den Frieden und das Überleben der Menschheit gerecht zu werden.

Herr Präsident, gemeinsame Verantwortung der Staatengemeinschaft bedeutet auch, gemeinsam gegen Terrorismus, gegen Rassismus und gegen die Verletzung der Menschenrechte einzutreten. Dies muß schon heute der große gemeinsame Nenner aller Staaten sein, die sich auf die Charta der Vereinten Nationen verpflichtet haben. In der Staatengemeinschaft setzt sich die Erkenntnis durch, daß der Terrorismus nicht nur den politischen Gegner, sondern immer auch den eigenen Staat bedroht. Wir werden den Terrorismus nur besiegen, wenn er auf der ganzen Welt keinen Unterschlupf mehr findet. Doch wir werden das Übel des Terrorismus endgültig nur überwinden, wenn wir auch seine Ursachen beseitigen, und davon gibt es viele. So kann zum Beispiel die Krisensituation im Nahen Osten immer wieder Gewalt gebären. Deshalb muß Libanon auf der Grundlage der Freiheit, Souveränität und Integrität endlich befriedet werden. Der Nahost-Konflikt ist, das haben die vergangenen Jahre gezeigt, mit Gewalt nicht zu lösen, sondern nur durch Verhandlungen. Wir treten daher für eine internationale Nahost-Konferenz ein, die sowohl von dem Existenzrecht Israels in anerkannten und gesicherten Grenzen als auch von dem Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes ausgehen muß.

Ist der Terrorismus der Feind jeder menschlichen Ordnung überhaupt, so ist der Rassismus die schlimmste Verleugnung der Menschenwürde. Gegen ein Regime, das im Namen der Rasse herrscht, muß sich das Weltgewissen im Namen der Humanität wenden. Die westlichen Demokratien sind eine Wertegemeinschaft, die auf der gleichen Würde jedes Menschen ruht. Deshalb verurteilen wir die Verletzung und Verhöhnung der Menschenrechte in der Republik Südafrika. Wir fordern die südafrikanische Regierung auf, endlich die Voraussetzung dafür zu schaffen, daß Schwarz und Weiß sich an den Verhandlungstisch setzen und den dringend notwendigen Dialog beginnen können. Die Apartheid muß gänzlich beseitigt werden. Sie ist nicht reformfähig. Der Ausnahmezustand muß aufgehoben, die politischen Gefangenen, an der Spitze Nelson Mandela, müssen ohne Vorbedingungen entlassen und die verbotenen Organisationen der schwarzen Mehrheit müssen zugelassen werden. Dann besteht noch eine Hoffnung auf ein Ende der Gewalt, die immer wieder Gegengewalt erzeugen muß. Für Namibia verlangen wir, daß die Entschließung 435 endlich verwirklicht wird — ohne Wenn und Aber.

Herr Präsident, wir verurteilen Verletzungen der Menschenrechte, wo immer in der Welt sie geschehen. Eine besonders gräßliche Verirrung staatlicher Gewalt ist die Folter. Sie ist kein Mittel zur Bekämpfung eines politischen Gegners, sie ist erst recht kein Mittel der Rechtsfindung, sie ist selbst schwerstes und barbarisches Unrecht. Mit der Konvention der Vereinten Nationen gegen die Folter hat die politische Kultur der Welt einen großen Schritt nach vorn getan. Die Vereinten Nationen sind durch ihre Charta, durch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, durch die Menschenrechtspakte und durch ihre Menschenrechtsgremien ein Hort und Bollwerk der Menschenrechte. Die Verwirklichung der bürgerlichen und der wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechte ist notwendig für den Bau einer besseren Welt. Ein Hochkommissar für Menschenrechte und ein Menschenrechtsgerichtshof können ihre Durchführung kontrollieren und fördern.

Nur auf die Menschenrechte und auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker kann das Haus des Friedens in der Welt gebaut werden. Sie sind seine Grundsteine. Deshalb verpflichtet sich mein Land erneut vor dieser Weltversammlung gegenüber jedermann, das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Menschenrechte zu achten und überall für sie einzutreten. Und mit dem gleichen Ernst verpflichten wir uns durch eine Politik des inneren und des äußeren Friedens, des Friedens gegenüber dem Nächsten, des Friedens gegenüber allen Völkern, des Friedens gegenüber der Natur: Leben und Überleben auf unserem Erdball zu sichern für unsere Zeit und für alle Zukunft.

Bundesleistungen an den Verband der Vereinten Nationen

Bis auf wenige Ausnahmen war die Arbeit der Organisationen des Verbandes der Vereinten Nationen in den beiden Jahren des Zweijahreshaushalts 1986/87 durch nicht gezahlte Mitgliedsbeiträge und durch den Verfall des US-Dollars beeinträchtigt. Diese Faktoren haben zu einer Verringerung und zu einem Wertverlust der zur Verfügung stehenden Mittel geführt. Die Organisationen waren dadurch sowohl in ihren regulären Budgets als auch in ihren durch freiwillige Leistungen finanzierten operativen Aktivitäten betroffen. Überall mußten mehr oder weniger namhafte Einsparungen durch Streichung oder Verschiebung geplanter Maßnahmen vorgenommen werden. Die Ausgabenkürzungen in den regulären Budgets haben jedoch in keinem Fall ausgereicht, die Finanzierungslöcher zu stopfen. Die Organisationen haben daher ihre Reserven eingesetzt (und damit die sonst stets vorhandene Überliquidität abgebaut), teilweise haben sie sich Geld geborgt, und in einigen Fällen wurden auch Nachtragshaushalte beschlossen. Diese Maßnahmen haben ausnahmslos zu zusätzlichen Beitragsbelastungen für die Mitgliedstaaten geführt.

Die regulären Budgets 1988/89 weisen durchweg kein reales Programmwachstum auf, in einigen Fällen wurden negative Raten beschlossen. Nominal steigen die regulären Haushalte im Vergleich zu 1986/87 dennoch beträchtlich — ILO: 28,4vH, UNESCO: 21,1vH, WHO: 16,7vH, FAO: 13vH. Der Grund hierfür liegt in erster Linie in dem geringeren Wert des Dollars. Die von den Mitgliedstaaten im Zweijahreszeitraum 1988/89 zu zahlenden Pflichtbeiträge wachsen jedoch weit stärker an — ILO: 42,6vH, UNESCO: 34,2vH, FAO: 26,3vH, WHO: 25,4vH. Das ist unter anderem darauf zurückzuführen, daß die sonstigen Einnahmen der Organisationen geringer ausfallen werden, weil zum Beispiel niedrigere Zinssätze bei gleichzeitig weniger anzulegenden Mitteln berücksichtigt werden mußten. Hinzu kommt, daß etablierte Reservefonds der Organisationen, die durch die Entwicklung 1986/87 aufgezehrt wurden, jetzt wieder aufgefüllt werden müssen und Zahlungen auf Haushaltsnachträge des vorangegangenen Zweijahreszeitraums zu leisten sind.

Die ungewöhnlich starke Erhöhung der Belastung der Mitgliedstaaten hat dazu geführt, daß bei den Abstimmungen über die regulären Budgets 1988/89 der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen insgesamt gesehen sehr viel mehr Nein-Stimmen und Stimmenthaltungen gezählt wurden als noch vor zwei Jahren; der Zweijahreshaushalt der Hauptorganisation jedoch stieß auf stärkere Zustimmung (vgl. S.32 dieser Ausgabe).

Die negative Entwicklung des Dollars verursacht einigen Organisationen aber auch weiterhin Kopfzerbrechen. WHO und ILO beispielsweise hatten für ihre Budgets 1988/89 einen Kurs von 1,65 beziehungsweise 1,60 Schweizer Franken für den Dollar beschlossen. Zu Jahresbeginn waren aber nur etwa 1,35 sfrs für einen Dollar zu erhalten, so daß die Organisationen ihre Budgets mit einem eingebauten Defizit begonnen haben. Bei anhaltender Dollarschwäche müssen daher rechtzeitig Maßnahmen zur Anpassung der Ausgaben an die Einnahmen ergriffen werden.

Verschiedene Organisationen haben für den Doppelhaushalt 1988/89 unter dem Eindruck der Entwicklung des Werts des Dollars Beschlüsse gefaßt, die das Wechselkursrisiko verringern sollen. So ist beispielsweise die WMO in Genf für die Budgetierung und die Beitragsveranlagung vom US-Dollar auf den Schweizer Franken umgestiegen, da etwa 90vH der Ausgaben in sfrs geleistet werden. Aus den gleichen Überlegungen hat die IMO in London vom Dollar zum Pfund Sterling gewechselt. Für die UNESCO und die UNIDO ist probeweise eine gespaltene Beitragsveranlagung entsprechend den zu erwartenden Ausgabewährungen (UNESCO: Französische Francs und Dollar, UNIDO: Österreichische Schillinge und Dollar) festgelegt worden. Dieses Verfahren, das seit zwei Jahren von der IAEA praktiziert wird, dürfte die Organisationen vor den beträchtlichen Auswirkungen der Schwankungen der Wechselkurse in größt-